

Beschluss des Landrats vom 10.09.2026

Nr. 1979

25. Erneuerbare Energieversorgung stärken statt über AKW-Luftschlösser diskutieren 2026/5170; Protokoll: pw

Thomas Noack (SP) gibt eine Erklärung ab. Er dankt für die bemerkenswert klare Antwort des Regierungsrats. Der Regierungsrat bestätigt erstens, dass neue Atomkraftwerke wegen den hohen Kosten, der langen Kapitalbindung und den unsicheren Erträgen ohne beträchtliche staatliche Unterstützung kaum marktfähig wären. Zweitens hält er fest, dass für die Mehrkosten während des Baus und für weitere Risiken letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerade stehen müssten. Wer heute neue Atomkraftwerke möchte, fordert damit faktisch auch eine staatliche Garantie und Subventionen in Milliardenhöhe. Drittens warnt der Regierungsrat davor, dass die Diskussion über eine nukleare Option, die in weiter Ferne liegt, falsche Erwartungen weckt. Dadurch können Investitionen in die Energieeffizienz, die Photovoltaik, die Windenergie und in Wärmeverbünde sowie das Stromnetz verzögert werden. Darin liegt die Gefahr dieser Debatte: Es soll nicht auf Technologien gewartet werden, die vielleicht irgendwann nach 2050 Strom liefern. Vielmehr müssen Anlagen gebaut werden, die schon in den nächsten Jahren einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Viertens stellt der Regierungsrat klar, dass die Kernenergie keine Energieunabhängigkeit schafft. Bezüglich Uran ist die Schweiz vollständig vom Ausland – unter anderem auch aus Russland – und von internationalen Lieferketten abhängig. Gleichzeitig ist die Schweiz für ihre Winterstromversorgung auf ein gutes Verhältnis zu Europa und auf Stromabkommen angewiesen. Der Antwort ist eindeutig zu entnehmen, dass Versorgungssicherheit nur durch den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, durch Effizienz von Speichern und Netz sowie durch eine verlässliche Zusammenarbeit mit Europa zu erreichen ist und nicht durch das Versprechen, ein neues Atomkraftwerk zu bauen. Nicht ganz beantwortet hat der Regierungsrat allerdings die Frage 4b. Thomas Noack wollte wissen, ob sich der Regierungsrat mit den Baselbieter Vertreterinnen und Vertretern in Bern sowie mit anderen Kantonen, die vergleichbare Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen haben, koordinieren möchte. Der blosser Verweis auf die vorherigen Antworten reicht hier nicht aus. Thomas Noack erwartet deshalb, dass der Regierungsrat seine klare Position nicht nur auf dem Papier darlegt, sondern sie auch gegenüber dem Bund, der Baselbieter Bundesdelegation und anderen Kantonen aktiv vertritt.

Andi Trüssel (SVP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Andi Trüssel (SVP) hat letzte Woche einen Vortrag von Herrn Guzzella, ETH-Professor und ehemaliger Rektor der ETH, gehört. Professor Guzzella hat anfangs der 2000er-Jahre ein Brennstoffzellenauto entwickelt, das mit einem Liter Benzin und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde 5'134 Kilometer gefahren ist. Dies zeigt, dass keine Technologien ausgeschlossen und keine Verbote gemacht werden sollen. Professor Schaltegger von der Universität Luzern hatte die Einleitung zum Referat von Professor Guzzella gemacht – das Referat kann in voller Länge unter www.iwp.swiss/publikationen nachgehört werden. An einem Anlass der Energie-Liga, die von Landrätin Christine Frey präsiert wird, gab es vergangenen Oktober ein Podium. Andi Trüssel hatte da den drei Direktoren von Primeo, EBL und IWB die Frage gestellt, ob ohne Subventionen in Photovoltaik und in Wind investiert würde. Die klare Antwort war Nein. Professor Schaltegger sagt dazu als Ökonom: *«Die Kosten der Dekarbonisierung ist sinnlose Verschleuderung von ökonomischem Kapital und von Volksvermögen. Wer bezahlt das? Die Steuer-*

zahler und die Stromkonsumenten.» Von den benachbarten G7-Staaten ist nur noch Deutschland nicht überschuldet mit einem Jahres-BIP, aber auch Deutschland unternimmt alles, um dieses Ziel ebenfalls zu erreichen. Es werden Schulden gemacht und diese dann mit dem geflügelten Wort «Sondervermögen» bezeichnet. Das Fazit aus dem Vortrag von Herrn Guzzella: Die Welt braucht mehr Energie, die Schweiz ebenso, aber elektrische Energie. Absichtserklärungen seien gut, Resultate wären aber besser und Denkverbote seien denkbar schlecht. Nur realistische Planungshorizonte bringen echte Fortschritte. Die Reduktion des Ausstosses von CO₂ muss zu einem staatsquotenneutralen Preis erfolgen, den es heute nicht gibt. Der Umbau des Energiesystems muss so vonstattengehen, dass die Versorgung mit bezahlbarer Energie jederzeit sichergestellt ist und mit dem Bevölkerungswachstum sowie der Ressourcenverfügbarkeit in Einklang steht. Es kann nicht schneller umgebaut werden, als dass es möglich ist, Strom zur Verfügung zu stellen. Im Moment wird aber genau das gemacht. Solange eine – etwas in den Hintergrund gerückte – Strommangel-lage besteht kann es nicht mehr Strom geben. Mit den abgebrannten Brennstäben aus den einmal fünf und heute vier Kernkraftwerken, die im Paul Scherrer-Institut eingelagert sind, hätte die Schweiz für 800 Jahre Energiereserven. Es muss nicht immer Russland erwähnt werden, denn auch Kanada und Australien liefern Uran. In der Schweiz braucht es somit nichts anderes als Reaktortypen der Generation 4. Es gibt bereits solche auf der Welt, die bis zu 800 Megawatt liefern. Es heisst immer wieder, Kernenergie sei zu teuer. Die Südkoreaner bauen aber Reaktoren 3+ für CHF 6 Mia. pro Stück mit einer Leistung von 1,4 Gigawatt. Vier Stück wurden in den Arabischen Emiraten errichtet und nach zehn Jahren waren sie einsatzfähig. Es wird jedoch immer wieder das Beispiel Olkiluoto erwähnt. In Finnland wurden jedoch während des Prozesses die Gesetze geändert, was dazu führte, dass drei Schritte zurückgegangen werden mussten. Das Projekt konnte nicht einfach gestoppt werden. Bei Flamanville mussten die Chinesen den Franzosen unter die Arme greifen. Mit Blick auf diese Beispiele muss Andi Trüssel sagen, dass der Westen nicht mehr in der Lage ist, komplexe Projekte zu führen – der Flughafen Berlin und der Bahnhof Stuttgart lassen grüssen. Eine Volkswirtschaft ohne Geld wächst langsam, eine Volkswirtschaft ohne Energie steht still.

Gzim Hasanaj (Grüne) hat schon oft mit Leuten darüber diskutiert, ob auf solche Voten reagiert werden sollte oder nicht. Dabei hat er immer wieder gehört, dass man eigentlich auf den «Dorftrottel» nicht reagieren sollte.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) bittet um eine anständige Wortwahl.

Gzim Hasanaj (Grüne) fährt fort, wenn nun aber der Dorftrottel den Brunnen fünfmal verschütten würde, dann müsste man reagieren. Es ist zu überlegen, ob der Landrat aufgrund solcher Voten nebst dem Honorar zusätzlich Schmerzensgeld einführen sollte. Solche Voten gehen an die Schmerzengrenze.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) stellt fest, dies sei Teil des Erduldungsprozesses. Die Wortwahl darf dennoch anständig bleiben.

://: Die Interpellation ist erledigt.
